Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 58. | Dresden, Freitag den 10. März 1911. | 22. Jahrg.

Sozialismus und Freiheit.

II.

In der sozialistischen Gesellschaft würde natürlich die Bestimmung in keiner Weise für die Berufswahl maßgebend sein. Die Kosten jeder Berufsausbildung würden selbstverständlich von der Gesellschaft getragen werden. Deshalb würde für die Berufswahl vor allem die Begabung entscheiden. Natürlich vollständig frei könnte auch in einer sozialistischen Gesellschaft die Berufswahl nicht sein. Auf die Dauer kann man zu einem Beruf nicht mehr Leute zulassen, als man darin beschäftigen kann. Es würde einem jeden seine Existenz garantiert werden, wofür verlangt werden müßte, daß er, solange er arbeitsfähig ist, eine der Gesellschaft nützliche Arbeit leistet, und das wäre bei demjenigen nicht der Fall, der sich einer Tätigkeit widmete, die im Verhältnis zum vorhandenen Bedarf bereits von genügend Personen ausgeübt wird. Im allgemeinen dürften dann die Wünsche der Menschen in bezug auf die Art ihrer Tätigkeit in Einklang mit ihren Fähigkeiten stehen. Wer nicht über einen scharfen Verstand verfügt, wird in der Regel nicht den Wunsch haben, einen Beruf zu ergreifen, wo es in erster Reihe auf logisches Denken ankommt, schon weil ihm ein solcher Beruf zu viel Mühe machen würde. Andererseits hat der Mensch gewöhnlich das Verlangen, die in ihm liegenden Fähigkeiten nach Möglichkeit zu entfalten. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das allerdings häufig anders. Es bemühen sich viele Leute um Stellungen, denen sie durchaus nicht gewachsen sind. Das liegt daran, daß heute mit bestimmten Berufen ein viel höheres Einkommen und ein viel höheres soziales Ansehen verbunden ist als mit anderen. Sehr häufig bildet die Notwendigkeit, ein väterliches Geschäft zu übernehmen, die Veranlassung dazu, daß junge Leute einen Beruf ergreifen, der für sie gar nicht paßt und bei dem sie sich auch gar nicht wohl fühlen. Alles das würde in einer sozialistischen Gesellschaft keine Rolle mehr spielen. Aus diesen Gründen wird in der sozialistischen Gesellschaft der Beruf viel öfter mit den Wünschen der Menschen in Uebereinstimmung gebracht werden können als in der kapitalistischen. Entscheidet nicht mehr der Zufall der Geburt, sondern Begabung und Neigung über die Art der Tätigkeit, die ein Mensch ausübt, so kann das Schulwesen ganz anders ausgestaltet werden als heute. Schon bei den Kindern werden die besonderen in ihnen liegenden Eigenschaften ausgebildet werden können. In den heutigen Schulsälen werden Kinder mit den verschiedensten Anlagen nach einem Schema gedrillt, wobei nur allzuleicht ihre Individualität verkrüppelt, die Entwicklung ihrer Gaben verhindert wird. Es wird in der sozialistischen Gesellschaft bei der Berufswahl für die große Masse der Bevölkerung viel mehr Freiheit herrschen als heute, und dazu kommt, daß infolge der Verkürzung der Arbeitszeit jeder imstande sein wird, neben seiner Berufstätigkeit mehr seinen Neigungen zu leben, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Wie steht es nun aber heute mit der Freiheit derjenigen, die es zur Stellung eines Unternehmers gebracht haben? Wir wollen ganz von den Fällen absehen, in denen die wirtschaftliche Selbständigkeit nur eine scheinbare, wo ein Unternehmer im Grunde genommen nur Angestellter eines anderen ist, angefangen von dem kleinen Ladenbesitzer, der nach der Pfeife seines Hauswirts zu tanzen hat, bis zum Leiter eines Riesenbetriebes mit Tausenden von Arbeitern, der unter der Botmäßigkeit irgendeiner Großbank steht. Kann der Eigentümer einer Fabrik oder eines Handelsgeschäfts etwa schalten und walten wie es ihm beliebt? Ist er frei bei der Festsetzung der Höhe der Löhne, die er seinen Arbeitern zahlt, bei der Bestimmung der herzustellenden Waren, bei der Organisation seines Betriebes und der Bemessung der Verkaufspreise? Durchaus nicht. Ueberall treten ihm die Zwangsgesetze der Konkurrenz entgegen, die er beachten muß, will er nicht zugrunde gehen. Das ganze Getriebe unseres Wirtschaftslebens kommt zwar zustande durch rechtlich freie Handlungen der Individuen, es tritt aber dem einzelnen als eine Macht gegenüber, die ihm genau vorschreibt, was er zu tun und zu lassen hat, und die, wenn eine wirtschaftliche Krise durchs Land zieht, ihm Verlust und Elend bringt, ohne daß er dagegen etwas tun kann. Auch die großen Organisationen der Menschen, die wir geschaffen haben, Staat und Gemeinde, können den Verlauf der wirtschaftlichen Vorgänge nur in sehr geringem Umfange beeinflussen. Sie sind nicht imstande, die Krisen zu verhüten, die verheerend von Zeit zu Zeit über die Völker hereinbrechen. Sowohl die einzelnen wie ihre Gemeinschaften stehen den wirtschaftlichen Ereignissen hilf- und ratlos gegenüber. Trotz der wirtschaftlichen Freiheit, die durch das moderne Recht gegeben ist, haben die Menschen die Herrschaft über das Wirtschaftsleben verloren. In der sozialistischen Gesellschaft wird die Produktion in den Händen gesellschaftlicher Organisationen liegen, die genau Umfang und Art der gesamten Produktion bestimmen und daher auch dem Bedarf anpassen können. Es wird vermieden werden können, daß Dinge erzeugt werden, die keine Verwendung finden können, wie es heute so häufig geschieht. Der einzelne Mensch wird allein nicht den entscheidenden Einfluß in wirtschaftlicher Beziehung ausüben können, aber er kann doch mitbestimmen als Mitglied einer demokratisch organisierten Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft wird mit fester Hand die Zügel des Wirtschaftslebens halten können, nach denen heute die Menschen vergeblich greifen. Auch hier sieht man wieder, es spricht alles dafür, daß die sozialistische Gesellschaft der Menschheit nicht weniger, sondern mehr Freiheit bringen wird, als sie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung findet.

Gelegentlich hat man versucht, es so hinzustellen, als ob in einer sozialistischen Gesellschaft die Freiheit der Menschen in der Gestaltung ihres Verbrauchs beschränkt werden würde. Die Bürger der sozialistischen Gesellschaft würden in großen Speiseanstalten abgefüttert werden, in ähnlicher Weise wie heute die Soldaten in der Kaserne oder die Gefangenen im Zuchthaus. Ein Wunder ist es ja nicht, daß der deutsche Spießer, der in einer vom Kasernendrill geschwängerten Luft aufgewachsen ist, sich auch die sozialistische Gesellschaft nicht anders denken kann als eine riesige Kaserne, wo der Wille der Menschen nach Möglichkeit unterdrückt wird. Es ist aber wahrhaftig nicht einzusehen, warum die in einer sozialistischen Gesellschaft Lebenden bei der Gestaltung ihres Verbrauchs weniger Freiheit haben sollten als diejenigen, die unter der Herrschaft des Kapitalismus ihr Dasein verbringen müssen. Die Vermutung ist durch nichts begründet, daß dem einzelnen sein Anteil am Ertrage der Produktion direkt in Verbrauchsgütern gegeben werden wird. Warum sollten nicht Anweisungen, ähnlich unserem heutigen Gelde, verteilt werden, die die Empfänger ganz nach ihrem Belieben in Güter umsetzen können? Warum sollte in einer sozialistischen Gesellschaft verhindert werden, daß der eine seine Einnahmen in erster Reihe zu gutem Essen und Trinken, ein anderer sie aber mehr zum Ankauf von Büchern oder zum Besuch des Theaters verwendet? Die Prinzipien des Sozialismus geben auch nicht im geringsten einen Anhalt für die Annahme, daß eine Beschränkung der Freiheit der Konsumtion eintreten würde. In der kapitalistischen Gesellschaft haben tatsächlich die meisten Menschen bei der Gestaltung ihres Verbrauchs nur sehr wenig Freiheit. Verdienen sie doch eben nur gerade so viel, als sie brauchen, um sich das für sich und ihre Familie unbedingt Notwendige zu beschaffen. Sie haben also nicht viel zu wählen. In der sozialistischen Gesellschaft werden die der Menschheit zur Verfügung stehenden geistigen und materiellen Kräfte viel besser ausgenutzt werden können als jetzt. Der Tisch wird deshalb für jeden einzelnen reicher gedeckt sein, er wird darauf nicht, wie heute so viele, nur das finden, was er unbedingt zum Leben braucht. Daher wird für die große Masse der Menschen eigentlich erst dann von einer wirklichen Freiheit des Verbrauchs die Rede sein können.

Und wie wird es um die Freiheit des Forschens und Denkens bestellt sein? Gewiß, gegen frühere finstere Zeiten hat die Menschheit in dieser Beziehung auch jetzt schon manchen Fortschritt gemacht. Aber noch immer versuchen die herrschenden Gewalten, und zwar ganz besonders in unserem lieben Vaterlande, dem Volke das Recht der freien Meinung zu verkümmern. Wie oft wird das Vereins- und Versammlungsrecht geschmälert! Welchen Schikanen ist häufig die Presse ausgesetzt! Gerade jetzt ist man ja daran, ihr neue Knebel anzulegen.

Wohl fast alle Beschränkungen der Meinungsfreiheit, die wir heute noch kennen, sind zurückzuführen auf das Bestreben der herrschenden Klassen, die Verbreitung von Anschauungen zu hindern, durch die ihre Macht gefährdet werden könnte. Wie oft verhindert heute wirtschaftliche Abhängigkeit die freie politische oder religiöse Betätigung. Gibt es doch noch weite Gebiete in Deutschland, wo der Arbeiter nicht wagen darf, Anschauungen zu äußern, die seinem Arbeitgeber nicht genehm sind, wo noch der Satz gilt: Wes Brot ich eß', des Lied ich sing'. Da in einer sozialistischen Gesellschaft keine Klassenherrschaft mehr vorhanden wäre, alle Abhängigkeitsverhältnisse wegfielen, so würden auch die Hauptursachen der Beschränkung der geistigen Freiheit wegfallen.

Man sieht, die Proletarier haben nicht im geringsten Veranlassung, sich durch das immer und immer wieder gesungene Lied vom sozialistischen Zuchthausstaat bange machen zu lassen. Die Herrschaften, die es singen, die tun dies wahrhaftig nicht, um ihre lieben Mitmenschen vor einem schlimmen Geschick zu bewahren, sie wollen den herrschenden Klassen die Freiheit erhalten, die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken. Möge das Proletariat dafür sorgen, daß diese „Freiheit“ recht bald aus der Welt verschwindet und die Fesseln, die der Kapitalismus den Volksmassen angelegt hat, gesprengt werden.

Reaktionäre Sammelpolitik gegen die Krankenkassen.

Je weiter die Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission des Reichstags fortschreitet, je mehr sind die bürgerlichen Parteien bestrebt, die Leistungen nicht über die engen Grenzen der Vorlage erweitern zu lassen, wohl aber noch über die Absichten der Vorlage hinaus **das Selbstverwaltungsrecht** der Arbeiter zu unterdrücken.

Eine „Reform“ der Arbeiterversicherung, die nach 25 Jahren die Rechte der Arbeiter unter Vormundschaft der Unternehmer und der Aufsichtsbehörden stellt, richtet sich von selbst. Dabei muß die hinterlistige Art gekennzeichnet werden, in der man gegen die Arbeiter vorgeht.

Zwar enthielt der Regierungsentwurf bereits die Bestimmung, daß die Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung zugunsten der Unternehmer geopfert werden sollten. Aber man bot den Unternehmern die Erweiterung ihrer Rechte doch nur gegen eine höhere Beitragsleistung an. Die Kommission des Reichstages vernichtete aber **die Rechte der Arbeiter, ohne ein Entgelt von den Unternehmern zu fordern.** Sie setzte sich rücksichtslos über alle bisherigen Grundsätze hinweg, nach denen die Anteilnahme an der Verwaltung gemäß dem Anteil der Leistungen bemessen wurde.

So waren bei der Invalidenversicherung, zu der Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte der Beiträge leisteten, auch die Rechte an der Verwaltung zu gleichen Teilen verteilt. In der Berufsgenossenschaft war jede Mitwirkung der Arbeiter ausgeschaltet, weil die Unternehmer allein die Mittel für die Verwaltung aufbrachten. In der Krankenversicherung nahmen die Arbeiter zu zwei Drittel, die Unternehmer zu einem Drittel an der Verwaltung teil, weil dies der Beitragsleistung entspricht.

Durch einen brutalen Gewaltakt, diktiert vom glühenden Haß gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, haben die bürgerlichen Parteien in der Reichstagskommission erreicht, daß künftig wichtige Verwaltungsmaßnahmen nur in getrennter Abstimmung mit Zustimmung der Gruppe der Unternehmer und der Arbeiter vollzogen werden können. Christliche Arbeitervertreter, liberale Volksvertreter haben sich mit den reaktionären Vertretern der äußersten Rechten zu gemeinsamem Tun zusammengefunden. Im Plenum und auch bei der ersten Lesung der Vorlage gaben sich die Vertreter der freisinnigen Volkspartei und des Zentrums den Anschein, als ob sie mit einer Aenderung der Wahl des Vorsitzenden und der Proportionalwahl der Arbeitervertreter sich begnügen wollten, erst in der zweiten Lesung lüfteten sie die Maske und führten den verräterischen Streich aus. Diese Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung muß den Wert der Reichsversicherungsordnung ganz bedeutend herabstimmen, denn die Arbeiter haben künftig damit zu rechnen, daß sie über die Verwendung der Krankenkassenbeiträge, die zu Zweidrittel von ihnen aufgebracht werden, nur noch ein winziges Mitbestimmungsrecht haben.

* * *

In der Spezialberatung **über die Arztfrage** wurden in der Kommissionssitzung am Donnerstag die Vorschläge der Kompromißparteien ohne wesentliche Aenderungen angenommen. In den § 379 fügte die Kommission einen Zentrumsantrag ein, nach dem ein Kassenmitglied auch einen Arzt außerhalb seines Bezirks in Anspruch nehmen kann, wenn das Mitglied der Kasse das höhere Arzthonorar selbst zahlt. Für diesen Antrag stimmten auch unsere Genossen, dagegen die Konservativen. Das Vertragsverhältnis bleibt wie bisher ganz der freien Vereinbarung überlassen. Unsere Genossen empfahlen, die in früheren Anträgen der Kompromißparteien enthaltenen Vorschläge, für Streitfälle Schiedsinstanzen und ein Einigungsamt vorzusehen, zur Annahme. Die bürgerlichen Parteien stimmten aber nun ihre eigenen Anträge nieder.

Nach § 380 kann das Oberversicherungsamt für den Fall, daß die Kasse keinen Vertrag zu **angemessenen Bedingungen** abschließen kann, der Kasse gestatten, das Krankengeld bis zu zwei Dritteln zu erhöhen, um dann die Gewährung ärztlicher Hilfe auszuschalten.

Unsere Genossen betonten, daß sie das Einigungsamt in Streitfällen für dringend notwendig halten, weil Konflikte dadurch besser erledigt werden können, als durch die Ablösung der ärztlichen Hilfe, die den kranken Arbeitern und den Kassen nicht zum Vorteil gereichen könne. Die bürgerlichen Vertreter stimmten aber das Einigungsamt nieder.

Die Beratung wandte sich dann den Bestimmungen über **Vertragsabschlüsse mit den Apotheken und Drogengeschäften** zu. Die Vorschläge der Kompromißparteien gehen darauf hinaus, jede Apotheke zur Arzneilieferung zuzulassen, die bereit ist, zu den in einem abgeschlossenen Vertrage festgesetzten Bedingungen zu liefern. Die Kassen können auch mit Drogenhändlern Verträge abschließen; es darf aber den Kassenmitgliedern nicht verwehrt werden, die Medikamente, die in Drogengeschäften zu billigeren Preisen zu haben sind, auch in Apotheken zu kaufen. Hiergegen wandten sich unsere Genossen; eine solche Begünstigung der Apotheken sei durchaus unberechtigt. Auch die württembergischen und bayrischen Regierungsvertreter empfahlen die Beseitigung jener Bestimmung, die aber vom Zentrum mit dem Hinweise begründet wurde, viele Apotheken ständen finanziell ungünstig und bedürften deshalb der Begünstigung. Dieser Auffassung wurde von unseren Genossen entschieden widersprochen. Schließlich verlangte das Zentrum weiter, wenn ein Vertrag mit Drogengeschäften abgeschlossen sei, sollten alle außerhalb des Vertrages stehenden Geschäfte die Zulassung zur Lieferung zu den gleichen Bedingungen verlangen können. Die Spezialberatung wird in der nächsten Sitzung am Freitag erfolgen.

Schwere Wahlkämpfe.

-th- **Wien**, 9. Februar.

Gestern haben sich in Deutschböhmen, im Norden und Süden, im industriellsten und im agrarischen Teile, **zwei Nachwahlen** abgespielt, die zwar kein endgültiges Ergebnis herbeiführten, aber durch die sie begleitenden Umstände weit über die Bedeutung von Einzelfällen hinauswachsen. Es sind dies die Nachwahlen in **Warnsdorf** und in dem ländlichen Böhmerwaldwahlkreise **Hartmanitz**. Die letzte Wahl, die wir in Böhmen zu bestehen hatten, zu Ende des vorigen Jahres, die **Nachwahl in Gablonz-Land**, brachte uns eine empfindliche Schlappe, den Verlust eines als gesichert geltenden Mandatsbesitzes. Die Bürgerlichen, eng vereint, von den Deutschradikalen geführt, entfalteten dort eine unerhörte Angriffskraft; die Fabriksangestellten, als Träger der radikalen Bewegung, führten durch den unerhörten Druck, den sie auf die Arbeiterschaft ausübten, die Entscheidung herbei.

Dieser Erfolg entfachte den Mut und die Eroberungslust des Gegners. Da sollte Warnsdorf als zweite Probe dienen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110310/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG